

Hohenstein-Ernstthal-Verzeiger

Bezugspreis monatlich M. 4.75, durch Boten frei ins Haus geliefert, bei Abholung in den Geschäftsstellen M. 4.50, Wochenlasten 1.10 M. Bei Postbezug vierteljährlich M. 15.— auschl. Zustellungsgebühr. Einzelne Nummer 25 Pfg. Ausgabe wöchentlich nachmittags. Falls durch höhere Gewalt, Betriebsstörung, Streik, Sperre, Ausperrung der Anzeiger verspätet oder nicht erscheint, ist der Verlag nicht zum Ersatz verpflichtet. — Postfachkonto Leipzig 49214. Geschäftsstelle: Hohenstein-Ernstthal, Bahnstr. 8.

Oberlungwitzer Tagesblatt
Gersdorfer Tagesblatt

Anzeigenpreis die gespaltene Korpuszeile 75 Pfg., Reklamezeile 2.— M.; bei Wiederholungen tarifmäßiger Nachlaß. — Anzeigensortierung und Vermittlung von schriftlichen Angeboten 80 Pfg. — Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jeden Erlassanspruch aus. — Bei zwangsweiser Eingliederung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung. — Fernsprecher Nr. 151. —

Tageblatt für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Rösdorf, Bernsdorf, Wästenbrand, Mittelbach, Gröna, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf usw.

Nr. 218

Sonnabend den 18. September 1920

17. Jahrgang

Bezirksverband.
R.-S.-Nr.: 661. M.

Krankenmehl und Krankenbrot.

Der Preis für Krankenmehl und Krankenbrot wird ab Montag, den 20. September, auf den Satz des allgemeinen Weizenmehl- und Weiz-Brotpreises heraufgesetzt, also

Krankenmehl frei Bäckereihaus ab Mühle
Grobäck
Zwischbäck
Vorstehende Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914

Auf Krankenbrotmarken darf in Zukunft nur Krankenbrot, nicht Krankenmehl, verabfolgt werden. Krankenmehl wird nur auf besondere ärztliche Verordnung noch abgegeben. Die Bezugsberechtigten erhalten hierfür von der Ortsbehörde entsprechend abgestempelte Krankenbrotmarken. Zur Überhandlungen sind nach § 17 Ziff. 2 der Bekanntmachung über die Erziehung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 in der Fassung vom 4. November 1915 (R.-G.-Bl. S. 728) strafbar.
Glauchau, den 18. September 1920. Freilicht v. Weick, Amtshauptmann.

Öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums

am Dienstag, den 21. September 1920, abends 8 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses.
Hohenstein-Ernstthal, am 18. September 1920. Rab. Wolf, Stadtv.-Vors.
Tagesordnung:
1. Kenntnisnahme von einem Dankschreiben. 2. Eröffnung einer Sprunggrube in der Altküster Schule. 3. Gemeindegroßsteuer auf das Jahr 1920/21. 4. Bewilligung von 6000 Mk.

Die Regierungsbildung.

In der letzten Nummer der Deutschen Stimmen beschäftigt sich Dr. Stresemann eingehend mit der Neubildung der Regierung, vor der wir seiner Auffassung nach anscheinend bald stehen, und bei der es sich um die nicht nur für die Deutsche Volkspartei, sondern auch für die politische Zukunftsentwicklung anheimelnde wichtige Frage handelt, ob die Regierungsbildung durch Eintritt der Sozialdemokratischen Partei erweitert werden soll oder ob die Volkspartei aus der Regierung ausscheidet und die Führung der Regierung dem alten Block von Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten überlassen soll, der dann wie von den Unabhängigen, teils von den rechtsstehenden Oppositionsparteien sich sein Dasein prüfen lassen oder dazu schreiten würde, sofortige Neuwahlen zum Reichstag auszusprechen, wobei sich namentlich die Sozialdemokratie einen Erfolg gegenüber den gegenwärtig gespaltenen Unabhängigen verspricht. Man werde gut tun, sagt Stresemann, hierzu vom Standpunkt der politischen Zukunftsentwicklung auszugehen und gewissenhaft Stellung zu nehmen, denn die Haltung der Deutschen Volkspartei entscheidet unter Umständen über die politische Zukunft der nächsten Jahre, während Zustimmung oder Ablehnung zu den gegenwärtigen politischen Ereignissen doch nur einen verhältnismäßig kurzen Abschnitt deutscher politischer Geschichte umfassen würde.

Stresemann meint, es wäre Vogel-Strauß-Politik, wenn man verkennen wollte, daß selbst bei den, die alle Erschwernisse der ersten Regierungszeit des jetzigen Kabinetts in Betracht ziehen, ein Gefühl des Unbefriedigtseins verwalte. Darüber hinaus gingen Neuerungen des Unwillens, der sich auch innerhalb der Deutschen Volkspartei in Beschlüssen einzelner Landesorganisationen Luft mache. Viele Parteientscheidungen müßten jetzt in die mehr oder minder offenen zum Ausbruch kommende Aufregung an die Reichstagsfraktion, aus der Regierung auszuscheiden. „Es mag“, sagt Stresemann, „im Lande als eine Entlastung empfunden werden, wenn die Partei, außerhalb der Regierung stehend, volle Agitationskraft für die Propagierung ihrer Ideen zurückbehält.“ Dieses parteiliche Moment dürfe aber nicht ausschlaggebend sein, denn ein freiwilliges Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der Regierung würde mit Zweifel begrüßt werden, und zwar von denen, die nur darauf warteten, die alte Koalitionsregierung — Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten — wieder herzustellen, sich die parlamentarische Mehrheit durch Unterstützung der Unabhängigen zu sichern oder durch eine Reichstagsauflösung die gegenwärtig als gut angesehenen Chancen der Sozialdemokratie so zu führen, daß sie von selbst den Kern einer späteren Regierungsbildung abgibt. Was wäre aber dann erreicht? Das Bürgerium wäre in einer solchen Koalition zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Der sozialdemokratischen großen Partei ständen Zen-

trum und Demokraten kaum zahlenmäßig gewachsen gegenüber. Die führenden Lenker der Reichsregierung würden von der Sozialdemokratie besetzt werden, und die übrigen Kabinettsmitglieder wären gerade gut genug, um der Sozialdemokratie die Steigbügel zu halten. Die ausschlaggebende Stellung, in welche die Sozialdemokratie dadurch käme, würde, wie die Verhältnisse in Preußen gegenwärtig zeigen, rücksichtslos ausgeübt werden, um die Reste des unabhängigen Beamtenstandes zu beseitigen und eine sozialistische Parteibefreiung überall durchzuführen. In der kritischen Situation, in der wir außenpolitisch, innerpolitisch und wirtschaftlich stehen, scheint mir eine solche Verzichtleistung des deutschen Bürgeriums auf entscheidenden Einfluß in der Reichsregierung nicht überlegt zu sein, und diejenigen, die auf Grund der gewiß nur Kritik Anlaß gebenden Erfahrung einer mehrmonatigen Regierungstätigkeit darauf drängen, aus der Regierung auszuschneiden, würden vielleicht diesen Schritt später bitter bereuen.“

Nach dieser Ablehnung wendet sich Stresemann dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung zu. Er hält es für selbstverständlich, daß der Sozialdemokratie jederzeit die Möglichkeit freisteht, in die bisherige Koalition hereinzutreten. Er habe das schon vor den Wahlen deutlich ausgesprochen, und diese Möglichkeit sei von der Deutschen Volkspartei vielleicht mehr als notwendig bei der Regierungsbildung betont worden. Die Sozialdemokratie habe damals eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei wie mit dem alten Block von Zentrum und Demokraten abgelehnt; heute aber scheine sie geneigt, die alte Koalition der Nationalversammlung wieder erstehen zu lassen, weil sie anscheinend die Unabhängigen Partei nicht mehr fürchtet und selber wieder mit von der Partie sein möchte. Wir haben keinen Anlaß, uns die Richtung unserer Politik von der Sozialdemokratie vorschreiben zu lassen, die ihre Kräfte doch überschätzt, wenn sie annimmt, daß sie einfach zu bestimmen hätte, unter welchen Voraussetzungen in Deutschland Regierungsbildungen vor sich zu gehen haben. Wenn sie in die letzte Koalition eintritt, so würde damit ein vernünftiger Ausgleich zwischen Bürgerium und Sozialdemokratie gegeben sein. Sie würde einen vollberechtigten Anspruch haben können, auf den Einfluß, der ihr zahlenmäßig nach ihrer Fraktionsstärke zukommt, nicht mehr und nicht weniger. Immerhin bliebe das bürgerliche Element in dieser Koalition führend durch das Schwerkraft seines gegenwärtigen Einflusses. In der praktischen Politik hätte man eine Verhängnisvolle anzustreben, die schließlich auch bei der bisherigen Regierungspolitik durch Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie tatsächlich durchgeführt worden ist.

Zusammenfassend sagt Stresemann: Meine Auffassung zu der gegenwärtigen Lage geht deshalb dahin, daß wir uns durch den Unmut über manche Verfehlungen der Regierungspolitik nicht dazu hinreißen lassen sollten, durch ein freiwill-

für Wohnungszwecke. 5. Ausbau des Neufelder Schützenhauses zu 2 Wohnungen. 6. Baukostenbeihilfedarlehen betr. 7. Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot. 8. 11. Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung (Wohnungssteuer). 9. Bewilligung von Kosten für Vertretungen in der Milchliche. 10. Anstellung von 4 Nachhilfschulleuten. 11. Beamtengehälter betr. 12. Veräußerung eines Grundstückes. 13. Richtigsprechung einer Rechnung. 14. Verwendung des Verwaltungsbüchschusses 1918. 15. Rücklage zur außerordentlichen Schuldenentlastung. 16. Abholzung und Aufforstung unterhalb der Viktoriahöhe.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Den hiesigen Schulleuten ist der Titel „Polizeiwachmeister“ verliehen worden.
Stadttrat Hohenstein-Ernstthal, am 17. September 1920.

Suppenmehl zu Futtermitteln geeignet, 1 Zentner — Mk. 60. Montag 2—4 Uhr im Reinhardtshaus.

Oberlungwitz.

Kartoffelversorgung. Seit dem 15. September ist die zwangsweise Bewirtschaftung der Kartoffeln aufgehoben, sofern sich die Landwirte nicht vertragsmäßig verpflichtet haben, gewisse Mengen zu den aufgestellten Bedingungen abzuliefern. Die hiesigen Landwirte haben eine größere Menge Kartoffeln bei der hiesigen landwirtschaftlichen Genossenschaft gezeichnet und sich vertragsmäßig verpflichtet, dieselben abzuliefern. Diese Kartoffeln sind an die hiesige Gemeinde abzuliefern, worauf die Landwirte ganz besonders aufmerksam gemacht worden. Landwirte, welche die Kartoffeln direkt an ihre Kunden liefern wollen, können dies tun, sie sind jedoch verpflichtet, es sofort im Gemeindeamt zu melden und eine genaue namentliche Liste einzureichen, woraus hervorgeht, daß die gezeichneten Kartoffeln tatsächlich geliefert sind. Landwirte, welche von dieser Maßnahme keinen Gebrauch machen wollen, werden gebeten, dies unverzüglich im Rathaus — Zimmer Nr. 2 — zu melden, damit die Einwohnerschaft von hier aus an die Landwirte verwiesen werden kann.

Oberlungwitz, am 18. September 1920.

Der Gemeindevorstand.

Eine ungültige Volksabstimmung?

Der Rat des Völkerbundes hielt Donnerstag in Paris zwei Sitzungen ab. Aus dem New Yorker Herald erfährt man, daß die Volksabstimmung von Cuxen und Malmedy nicht anerkannt wurde, sondern daß den Bescheidern der deutschen Regierung stattgegeben wurde, indem eine Kommission eingesetzt wird, die das gesamte Material zu prüfen und festzustellen hat, ob die Abstimmung in der richtigen Form vor sich gegangen ist. — Sollte diese Meldung zutreffen, so hätte also die erste deutsche Note über Cuxen und Malmedy mehr Erfolg gehabt, als die zehn anderen. Lediglich den unabhängigen Bemühungen der deutschen Regierung ist es also zu danken, wenn das Ergebnis der Volksabstimmung jetzt vom Völkerbund nicht anerkannt wird. Offensichtlich werden nun auch die Folgerungen gezogen.

Haller-Truppen in Oberschlesien.

Nach in Händen der deutschen Regierung befindlichen polnischen Papieren sind die Haller-Soldaten in Oberschlesien dort hin mit vollen Gehältern beurlaubt. Vorfristigshalber werden ihnen an der Grenze von den Polen die Soldbücher und die anderen Militärpapiere abgenommen. Neben anderen Stellen ist das polnische Note Kreuz in Weutchen mit der Auszahlung des Soldes an die Haller-Soldaten betraut. Die Soldaten kämpfen also mit Verwies und Genehmigung der polnischen Regierung.

Der preussische Ministerpräsident über Oberschlesien.

In der preussischen Landesversammlung kam am Freitag der Antrag sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, zur Beratung: Die Staatsregierung zu ersuchen, im Einvernehmen mit der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die friedliche Berufstätigkeit der deutschen Staatsbürger der Provinz Oberschlesien, die ganz besonders mit Rücksicht auf die Verhandlungen in Spa wichtig ist, vor polnischen Uebergriffen und Gewalttätigkeiten geschützt wird und die Volksabstimmung in Oberschlesien, unbeeinträchtigt vom Terror, vor sich geht und Deutschland und Preußen davon bewahrt bleiben, daß Oberschlesien und ohne Abstimmung von den Polen entrissen wird.

Der Ministerpräsident Braun gab dabei eine Erklärung ab, in der es u. a. hieß: Durch eine verlogene polnische Hege wird der Versuch gemacht, die überwiegend deutschgesinnte ober-schlesische Bevölkerung für Polen zu gewinnen. Schandtat polnischer Söldlinge sind an der Tagesordnung. Die Vorlesungen in Oberschlesien zeigen mit grausamer Deutlichkeit, daß das Versailles-Gewaltfriedensdiktat nicht ein Dokument des Friedens und der Völkerverständigung, sondern ein Dokument der Völkerverfle-

liges Ausscheiden aus der Regierung den Boden für eine Regierungspolitik zu bereiten, aus der wir durch die Wahlen vom Juni 1920 das deutsche Volk herauszureißen gedachten. Sollten die mit uns heute koalitierten Parteien andere Wege gehen und die ganze Politik nach links orientieren wollen, so würden wir das nicht hindern können, und niemand von denen, die gegenwärtig die Deutsche Volkspartei in der Regierung vertreten, wird ein persönliches Interesse daran haben, das so unendlich schwierige Amt eines deutschen Ministers der Gegenwart auch nur einen Tag länger zu führen, als es die Situation erheischt. Bis dahin haben wir die Verpflichtung auszuhalten, praktische Arbeit zu leisten und dafür zu sorgen, daß wir nicht durch eine Augenblickspolitik die Geschäfte unserer Gegner von links besorgen und den Erfolg der letzten Wahlen zu einer vorübergehenden Episode im politischen Leben stempeln.

Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei

hat sich in zwei Sitzungen mit der politischen Lage beschäftigt. Nach dem parteiamtlichen Bericht fand über die Frage der Erweiterung der Regierungsbildung eine eingehende Aussprache statt. Man war sich darin einig, daß zur Wiederanbahnung aller Kräfte zusammengefaßt werden müssen, die arbeitswillig mit Hand anlegen wollen. Demnach könnte nur erwünscht sein, wenn die verantwortliche Regierungstätigkeit auf möglichst breiter Grundlage ruht. Die Deutsche Volkspartei müsse aber ihre Zusammenarbeit mit anderen Parteien davon abhängig machen, daß jede Nachgiebigkeit gegenüber extremen Forderungen von links und rechts unter allen Umständen ausgeschlossen ist. Als die notwendigste Aufgabe der Regierung wurde in der Beratung die Wiederaufrichtung und die Stärkung der Staatsautorität bezeichnet. In den staatlichen Betrieben, die dem Verkehr dienen, ist wie in allen anderen die Unabhängigkeit der staatlichen Leitung unbedingt und ausnahmslos aufrechtzuerhalten. Besondere Kontroll- und Verfügungsrechte, die von gewerkschaftlichen oder politischen Organisationen beansprucht werden, sind nicht zu dulden. Was die Wirtschaftspolitik anbelangt, so ging die allgemeine Meinung dahin, daß von den beiden Vorschlägen der Sozialisierungs-Kommission keiner annehmbar sei, da keiner die Gewähr einer Steigerung der Gütererzeugung biete. Man forderte deshalb einen Verzicht auf solche Sozialisierungsversuche.

Für den Eintritt in die Regierung.

Die Mehrheitssozialdemokraten des Magdeburger Bezirkes haben beschlossen, dem sozialdemokratischen Parteitag folgenden Antrag vorzulegen: Der Parteitag möge erwägen, die sozialistische Reichstagsfraktion aufzufordern, alle parlamentarischen Machtmittel zu benutzen, um eine Regierungsbildung anzustreben, in der die Sozialdemokratie vertreten ist. Nur von dem Mitwirken der Sozialdemokratie in der Regierung erhoffen wir eine Gesundung unserer Verhältnisse.